

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Band 6

**Der Beitrag der
EG-Regionalpolitik zur Verringerung
der Einkommensdisparitäten in
der Europäischen Union**

Eine empirische Analyse

Von

Thomas Wellenhofer



Duncker & Humblot · Berlin

THOMAS WELLENHOFER

**Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der
Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union**

Abhandlungen zur Nationalökonomie

Herausgegeben von Professor Dr. Karl-Dieter Grüske

**in Zusammenarbeit mit den Professoren
Dr. Wolfgang Harbrecht, Dr. Joachim Klaus,
Dr. Werner Lachmann, Dr. Manfred Neumann**

Band 6

**Der Beitrag der
EG-Regionalpolitik zur Verringerung
der Einkommensdisparitäten in
der Europäischen Union**

Eine empirische Analyse

Von

Thomas Wellenhofer



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wellenhofer, Thomas:

Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union : eine empirische Analyse / von Thomas Wellenhofer. – Berlin : Duncker und Humblot, 1997

(Abhandlungen zur Nationalökonomie ; Bd. 6)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-428-086826-0

n 2

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0947-4595

ISBN 3-428-08626-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Die vorliegende Arbeit meines langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr. Thomas Wellenhofer befaßt sich mit dem Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union. Zwanzig Jahre nach Gründung des Europäischen Regionalfonds EFRE im Jahr 1975 und dem Beginn einer aktiven europäischen Regionalpolitik hat sich die Regionalpolitik der Europäischen Union gemessen am Haushaltsvolumen mit Abstand zur wichtigsten Gemeinschaftspolitik neben der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union entwickelt. Im Jahr 1996 stellte die Gemeinschaft im Rahmen ihrer verschiedenen Strukturfonds einschließlich dem 1992 gegründeten Kohäsionsfonds über 27 Mrd. ECU oder mehr als 52 Mrd. DM, das sind rund 33 % ihrer gesamten Haushaltsmittel, zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur in der Europäischen Union zur Verfügung mit dem Ziel, „die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete, einschließlich der ländlichen Gebiete, zu verringern.“ (Art. 130 a EGV)

Schon der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 wurde gemäß seiner Präambel nicht nur in dem festen Willen geschlossen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker zu schaffen, sondern auch in dem Bestreben, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern. Obwohl also die Europäische Gemeinschaft von Anfang an neben ihren sonstigen Zielen auch eine regionale Angleichung der Lebensverhältnisse anstrebte, glaubte man ursprünglich, auf eine aktive europäische Regionalpolitik verzichten zu können. Man vertraute damals vielmehr darauf, daß die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes mit freiem Güter- und Dienstleistungsverkehr, Niederlassungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit und freiem Kapitalverkehr schon allein ausreichen würde, eine regionale Angleichung der Faktorpreise und damit der Einkommen und der Lebensverhältnisse zu bewirken. Erst als man feststellte, daß diese Erwartungen durch den Integrationsprozeß nicht erfüllt wurden, tauchte zunehmend stärker die Forderung nach einer aktiven europäischen Regionalpolitik auf.

Die europäische Regionalpolitik wurde schließlich Anfang der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der Planung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Allerdings führte sie zunächst lange Jahre ein Schattendasein, nachdem der erste Versuch zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion Anfang der siebziger Jahre gescheitert war. Erst seit Mitte der achtziger Jahre steigen die Ausgaben der Europäischen Union für regional- und strukturpolitische Maßnahmen stark an. Angesichts dieser Entwicklung liegt es nahe zu untersuchen, ob und in welchem Umfang die Strukturhilfen im Rahmen der Regionalpolitik der Europäischen Union seither zu einer regionalen Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union beitragen. Diese Fragestellung ist der Kern der vorliegenden Arbeit von Herrn Dr. Wellenhofer.

Empirische Untersuchungen zur Wirksamkeit der Regionalpolitik der Europäischen Union wurden zwar auch schon in der Vergangenheit durchgeführt, doch sind die meisten von ihnen älteren Datums und betreffen Zeiträume, in denen die Mittel für die EG-Regionalpolitik noch wesentlich knapper waren als heute und die Politik im wesentlichen vom „Zahl-ein-hol-zurück-Prinzip“ bestimmt war. Außerdem waren alle Studien der Vergangenheit zeitpunktbezogen, d. h. sie verglichen jeweils nur die Entwicklung zwischen zwei Zeitpunkten. Demgegenüber reicht die vorliegende Untersuchung nicht nur bis in die jüngste Vergangenheit, sondern betrachtet auch die Entwicklung der regionalen Einkommensentwicklung über den gesamten Zeitraum seit Einführung der EG-Regionalpolitik hinweg. Außerdem wird in der Arbeit ein Analyseinstrumentarium entwickelt, um herauszufinden, ob Veränderungen der regionalen Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union auf Entwicklungen innerhalb der Mitgliedstaaten oder auf zwischenstaatliche Entwicklungstendenzen zurückzuführen sind.

In seiner Arbeit gelangt Herr Dr. Wellenhofer zu folgenden Kernergebnissen:

1. Im Analysezeitraum 1975 - 1992 läßt sich bei den Nominaleinkommen durchweg eine Verringerung der Disparitäten feststellen.
2. Führt man die Disparitätenanalyse jedoch auf der Basis von Kaufkraftstandards (KKS) durch, so läßt sich zwischen den verschiedenen Regionen der Europäischen Union so gut wie keine reale Angleichung der Lebensverhältnisse feststellen.
3. Allerdings haben sich im Betrachtungszeitraum sowohl die Nominaleinkommen als auch die Realeinkommen zwischen den Mitgliedstaaten verringert, während sie sich innerhalb der Mitgliedstaaten tendenziell vergrößert haben.

Mit diesen Kernergebnissen wird in der vorliegenden Arbeit erstmals auf Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen hingewiesen, die bislang in der Literatur nicht vorzufinden sind.

Ich wünsche der Arbeit die ihr gebührende Beachtung.

Nürnberg, im November 1996

Wolfgang Harbrecht

Inhaltsübersicht

A. Problemstellung und Aufbau der Arbeit	23
B. Darstellung und Beurteilung der Entwicklung und des aktuellen Systems der Europäischen Regionalpolitik	30
I. Die regionalpolitische Lage nach dem Gründungsvertrag.....	30
II. Die Phase der Entstehung einer Europäischen Regionalpolitik.....	33
III. Die ursprüngliche Konzeption des Regionalfonds von 1975	44
IV. Die erste Umgestaltung des EFRE von 1979	50
V. Die zweite Umgestaltung des EFRE von 1984.....	57
VI. Die Reform der Regionalpolitik durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1987	64
VII. Die Ergänzung des regionalpolitischen Instrumentariums durch die Maastrichter Verträge	96
VIII. Die Überarbeitung der Strukturfondsreform von 1993.....	106
IX. Weitere regionalpolitische Instrumente der Gemeinschaft	116
X. Zusammenfassende Bewertung des regionalpolitischen Instrumentariums der Gemeinschaft.....	160
C. Die Messung des regionalpolitischen Ausgleichsziels	175
I. Probleme der Operationalisierung des regionalpolitischen Ausgleichsziels	175
II. Übersicht über bereits durchgeführte Disparitätenanalysen	192
III. Empirische Untersuchung der Entwicklung der Disparitäten in der Europäischen Gemeinschaft.....	203
IV. Ergebnisse der Messung des regionalpolitischen Ausgleichsziels.....	245
D. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick	248
Literaturverzeichnis	253
Anhang.....	273

Inhaltsverzeichnis

A. Problemstellung und Aufbau der Arbeit	23
B. Darstellung und Beurteilung der Entwicklung und des aktuellen Systems der Europäischen Regionalpolitik.....	30
I. Die regionalpolitische Lage nach dem Gründungsvertrag.....	30
1. Die Bestimmungen des EWGV	30
2. Bewertung der regionalpolitischen Bestimmungen des Gründungsvertrages.....	31
II. Die Phase der Entstehung einer Europäischen Regionalpolitik.....	33
1. Die Anstrengungen der Kommission und des Europäischen Parlaments zur Etablierung einer Europäischen Regionalpolitik	33
2. Bewertung der Ursachen für die Errichtung des Regionalfonds.....	42
III. Die ursprüngliche Konzeption des Regionalfonds von 1975	44
1. Die Einrichtung des Fonds und seine Ausstattungsmerkmale	44
2. Bewertung der Regionalfondsverordnung von 1975	46
IV. Die erste Umgestaltung des EFRE von 1979	50
1. Die Verbesserungsvorschläge der Kommission.....	50
2. Die Merkmale der Regionalfonds-Verordnung von 1979	51
3. Bewertung der Regionalfonds-Reform von 1979	54
V. Die zweite Umgestaltung des EFRE von 1984.....	57
1. Die Merkmale der Regionalfonds-Verordnung von 1984	57
2. Bewertung der Fondsverordnung von 1984.....	63
VI. Die Reform der Regionalpolitik durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1987	64
1. Die grundlegende Konzeption der Reform	64

2. Die Konzentration der Strukturfondsmittel auf fünf vorrangige Ziele.....	68
3. Der Grundsatz der Partnerschaft zwischen Kommission und Mitgliedstaaten	72
4. Das Interventionsverfahren.....	73
a) Die Regionalen Entwicklungsprogramme.....	73
b) Die Gemeinschaftlichen Förderkonzepte	74
c) Die Interventionsformen	75
d) Die Begleitung und Bewertung der Aktionen	78
e) Die Mitwirkung von Ausschüssen bei der Umsetzung der neuen Strukturfonds-Verordnungen.....	80
f) Die Einrichtung von Gemeinschaftsinitiativen	81
5. Die Bewertung der Strukturfondsreform	83
6. Die Einbeziehung Ostdeutschlands	95
VII. Die Ergänzung des regionalpolitischen Instrumentariums durch den Maastrichter Vertrag	96
1. Der Inhalt des Maastrichter Vertrags und seine Konkretisierung	96
2. Bewertung des Maastrichter Vertrags.....	101
VIII. Die Überarbeitung der Strukturfondsreform von 1993	106
1. Merkmale der Strukturfondsreform von 1993	106
2. Die Weiterentwicklung des Instruments der Gemeinschaftsinitiativen.....	112
3. Bewertung der Strukturfondsüberarbeitung von 1993.....	113
IX. Weitere regionalpolitische Instrumente der Gemeinschaft	116
1. Der Europäische Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung	116
2. Der Europäische Sozialfonds (ESF)	120
3. Die Europäische Investitionsbank (EIB)	122
4. Das Neue Gemeinschaftsinstrument (NGI).....	126
5. Das Beihilfenaufsichtsrecht der Gemeinschaft	128
a) Begründung und Grundsätze des Beihilfenaufsichtsrechts	128

b) Das grundsätzliche Verbot wettbewerbsverfälschender Beihilfen und seine Voraussetzungen.....	129
aa) Vorliegen einer Beihilfe.....	130
bb) Beihilfegewährung durch den Staat oder aus staatlichen Mitteln	131
cc) Selektion der Empfänger bei der Beihilfevergabe	132
dd) Beihilfevergabe an Unternehmen oder Produktionszweige	132
ee) Vorliegen einer Wettbewerbsverfälschung	133
ff) Handelsbeeinträchtigung zwischen Mitgliedstaaten	134
c) Für die Regionalpolitik relevante Ausnahmen vom grundsätzlichen Beihilfeverbot	135
d) Die Anwendung der Beihilfenaufsicht durch die Kommission.....	138
aa) Die Koordinierungsgrundsätze	138
bb) Das Beihilfenaufsichtsverfahren nach Art. 93 EGV	141
e) Beurteilung der Entwicklung der Beihilfenaufsichtspolitik der Kommission	146
6. Die Koordinierung nationaler und gemeinschaftlicher Politikbereiche.....	151
a) Begründung und Systematik der Koordinierung.....	151
b) Vertikale Koordinierung der allgemeinen Wirtschaftspolitik	152
c) Vertikale Koordinierung der Regionalpolitiken.....	155
d) Horizontale Koordinierung	159
X. Zusammenfassende Bewertung des regionalpolitischen Instrumentariums der Gemeinschaft.....	160
1. Bedeutung der gemeinschaftlichen Regionalpolitik	160
2. Begründung der gemeinschaftlichen Regionalpolitik.....	166
3. Kritik der gemeinschaftlichen Regionalpolitik	170
a) Ein Finanzausgleichssystem als Alternative zum gegenwärtigen regionalpolitischen System	170
b) Kritik am bestehenden regionalpolitischen System	172
C. Die Messung des regionalpolitischen Ausgleichsziels	175
I. Probleme der Operationalisierung des regionalpolitischen Ausgleichsziels...	175

1. Das Problem der Verfügbarkeit von Daten.....	176
2. Das Problem der Indikatorwahl.....	177
3. Probleme der Wahl einer geeigneten Merkmalsausprägung für den Indikator zur Messung des regionalen Ausgleichsziels.....	182
4. Das Problem der räumlichen Abgrenzung.....	185
5. Das Problem der zeitlichen Abgrenzung.....	189
6. Anforderungen an die Verfahren zur Messung der Regionaldisparitäten	191
II. Übersicht über bereits durchgeführte Disparitätenanalysen.....	192
III. Empirische Untersuchung der Entwicklung der Disparitäten in der Europäischen Gemeinschaft.....	203
1. Die p-Quantile als Lagemaßzahlen.....	204
a) Die Konstruktion von p-Quantilen.....	204
b) Ergebnisse der Quantilsmethode.....	206
2. Die Streuungsmaßzahlen.....	212
a) Der Begriff der Streuung.....	212
b) Die Konstruktion von Streuungsmaßzahlen.....	213
c) Maßzahlen der Streuung.....	215
aa) Die Varianz.....	215
bb) Der Variationskoeffizient.....	216
cc) Ergebnisse des gewichteten Variationskoeffizienten.....	219
dd) Der Theil-Index.....	223
ee) Die Varianzzerlegung.....	228
ff) Ergebnisse der Varianzzerlegung.....	232
gg) Ergebnisse des Theil-Indexes im Vergleich.....	243
IV. Ergebnisse der Messung des regionalpolitischen Ausgleichsziels.....	245
D. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick.....	248
Literaturverzeichnis.....	253
Anhang 1.....	273
Anhang 2.....	279

Inhaltsverzeichnis

15

Anhang 3..... 313

Anhang 4..... 315

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: EFRE-Länderquoten (1975 bis 1977, in Prozent).....	45
Tab. 2: EFRE-Länderquoten der quotierten Abteilung (1979 bis 1984, in Prozent).	53
Tab. 3: Beteiligungsspannen des EFRE (ab 1985, in Prozent).....	62
Tab. 4: Mittelausstattung der drei Strukturfonds in Verpflichtungsermächtigungen (1987 bis 1993, in Mrd. ECU).....	66
Tab. 5: Aufteilung von 85% der Verpflichtungsermächtigungen des EFRE auf die Mitgliedstaaten (in Prozent).....	67
Tab. 6: Bevölkerungsanteile in vom EFRE geförderten Regionen in einzelnen Mitgliedstaaten vor und nach der Strukturfondsreform.....	92
Tab. 7: Mittelausstattung der Strukturfonds in Verpflichtungsermächtigungen (1994 bis 1999, in Mrd. ECU).....	109
Tab. 8: Anteil der in den Fördergebieten der Strukturfonds lebenden Bevölkerung der Mitgliedstaaten (in Prozent).....	115
Tab. 9: Umfang und Entwicklung des EG-Haushalts und der Regionalausgaben (1975 bis 1995).....	165
Tab. 10: Mittelbindungen des EFRE und der übrigen Strukturfonds in den Ziel Nr. 1-Regionen (1989, 1993, 1999).....	166
Tab. 11: Amtliche deutsche Bezeichnung und gemeinschaftsweite Anzahl der Gebiete der verschiedenen NUTS-Ebenen.....	188
Tab. 12: Von der Kommission veröffentlichte Untersuchungen zur Entwicklung der Disparitäten.....	195
Tab. 13: 10%-, 25%-, 50%- und 75%-Einkommensquantile (1975 bis 1992, gemessen in ECU).....	207
Tab. 14: 25%-, 50%- und 75%-Einkommensquartile in der EG 9 (1950 bis 1970, gemessen in US-\$).....	209
Tab. 15: 10%-, 25%-, 50%- und 75%-Einkommensquantile (1975 bis 1992, gemessen in KKP).....	211

Tab. 16: Gewichteter Variationskoeffizient des Einkommens (1975 bis 1992, gemessen in ECU)	220
Tab. 17: Gewichteter Variationskoeffizient des Einkommens (1975 bis 1992, gemessen in KKP)	222
Tab. 18: Varianzzerlegung für EG 12 (1975 bis 1992, gemessen in ECU)	234
Tab. 19: Varianzzerlegung für EG 10 (1975 bis 1992, gemessen in ECU)	235
Tab. 20: Varianzzerlegung für EG 9 (1975 bis 1992, gemessen in ECU)	236
Tab. 21: Varianzzerlegung für EG 6 (1975 bis 1992, gemessen in ECU)	237
Tab. 22: Varianzzerlegung für EG 12 (1975 bis 1992, gemessen in KKP)	239
Tab. 23: Varianzzerlegung für EG 10 (1975 bis 1992, gemessen in KKP)	240
Tab. 24: Varianzzerlegung für EG 9 (1975 bis 1992, gemessen in KKP)	241
Tab. 25: Varianzzerlegung für EG 6 (1975 bis 1992, gemessen in KKP)	242
Tab. 26: Ergebnisse der Streuungszerlegung beim Theil-Index (in Klammern: gewichteter Variationskoeffizient)	244

Abkürzungsverzeichnis

Abl.	Amtsblatt
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EAGFL	Europäischer Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ECU	European Currency Unit, Europäische Währungseinheit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA	European Free-Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EG 12	Europäische Gemeinschaften der Zwölf (seit 1.1.1986)
EG 10	Europäische Gemeinschaften der Zehn (seit 1.1.1981)
EG 9	Europäische Gemeinschaften der Neun (seit 1.1.1973)
EG 6	Europäische Gemeinschaften der Sechs (seit 1.1.1958)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
ERE	Europäische Rechnungseinheiten
ESF	Europäischer Sozialfonds
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
F	Formel
KKP	Kaufkraftparitäten

NGI	Neues Gemeinschaftsinstrument
NUTS	Systematik der Gebietseinheiten in der EU
RE	Rechnungseinheiten
Regio	Regionaldatenbank von Eurostat
Tab.	Tabelle
Var. int.	interne Varianz
Var. ext.	externe Varianz
VK int	interner Variationskoeffizient
VK ext	externer Variationskoeffizient
VO	Verordnung
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Symbolverzeichnis

D	Dezil
H	Entropie
l	Merkmalsträger
N_i	Bevölkerung der i-ten Region
N_m^*	Bevölkerungszahl im m-ten Land
N_{ges}	gesamte Bevölkerung
n	Anzahl der Beobachtungswerte
n_m	Anzahl der Beobachtungswerte im m-ten Land
n_{ges}	Anzahl der gesamten Beobachtungswerte
p	Anteil einer Verteilung
p_l	Häufigkeiten von Merkmalsausprägungen
Q	Quantil
S_m	Gruppe der Regionen im m-ten Land
σ_m^2	Varianz der Beobachtungswerte im m-ten Land
σ_{ges}^2	Varianz der gesamten Beobachtungswerte
$(\sigma_m^g)^2$	gewichtete Varianz der Beobachtungswerte im m-ten Land
$(\sigma_{ges}^g)^2$	gewichtete Varianz der gesamten Beobachtungswerte
T	Theil-Index

V	Varianz
VK	Variationskoeffizient
VK_{gew}	gewichteter Variationskoeffizient
X	gesamte Merkmalssumme
x_i	Einkommen der Region i bzw. i-ter Beobachtungswert
x_m	Einkommen im m-ten Land
x_{ges}	gesamtes Einkommen
\bar{X}	arithmetisches Mittel der Einkommen der Regionen i
\bar{x}_m	gewogenes Durchschnittseinkommen im m-ten Land
\bar{x}_{ges}	gewogenes gesamtes Durchschnittseinkommen
x_i^{MT}	(absoluter) Beitrag eines Merkmalsträgers zu der Merkmalssumme
\bar{x}_m^g	Mittelwert der gewichteten Beobachtungswerte im m-ten Land
\bar{x}_{ges}^g	Mittelwert der gesamten gewichteten Beobachtungswerte
y_i	Anteil der Region i am EG-Gesamteinkommen
y_i^{MT}	Anteile einzelner Merkmalsträger an der Merkmalssumme

A. Problemstellung und Aufbau der Arbeit

Mit Unterzeichnung des Vertrages zur Errichtung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWGV) durch die sechs Gründungsstaaten Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande 1957 in Rom wurde der mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 in Gang gesetzte Prozeß der ökonomischen Integration Europas weiter gefestigt. Durch den EWGV wurde im Gemeinschaftsgebiet eine Zollunion geschaffen und die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes grundgelegt.

Bis Mitte der achtziger Jahre bestimmten die Erweiterungen der Gemeinschaft um Dänemark, Irland, das Vereinigte Königreich (1973), Griechenland (1981) und Portugal und Spanien (1986) das Bild der europäischen Integration, die Integrationsvertiefung dagegen machte keine wesentlichen Fortschritte. In den achtziger Jahren entstand vielmehr eine ausgesprochene Europamüdigkeit, hervorgerufen durch die zunehmende Opferung der Integrationsidee zugunsten von nationalen Egoismen, die schwindende und daher immer weniger integrationsfördernd wirkende Bedrohung aus dem Osten, das nach der Süderweiterung auftretende Entwicklungsgefälle zwischen den reicheren Industriestaaten im Norden und den ärmeren Mittelmeeranrainerstaaten,¹ die langwierigen und ineffizienten Verfahren zur Beschlußfindung im Rat und die geringen Kompetenzen des Europäischen Parlaments.

Erst mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1986 in Luxemburg wurde dem Entwicklungsprozeß der Gemeinschaft wieder ein neuer und entscheidender Impuls verliehen. Die EEA schuf die Grundlagen zur Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992 und formulierte die Errichtung einer Europäischen Union als Endziel der Europäischen Integration, umfaßte aber auch Bestimmungen zu Änderungen der Entscheidungsverfahren im Rat.

¹ Vgl. Weindl, Josef, Europäische Gemeinschaft, Institutionelles System, Binnenmarkt sowie Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages, München-Wien-Oldenburg 1993, S. 7 f.

Die wichtigste Modifikation erfuhren die Gemeinschaftsverträge durch den Anfang 1992 unterzeichneten Maastrichter Vertrag, mit dem die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion und einer Politischen Union² beschlossen wurde. Der Phase der Integrationsvertiefung folgte 1995 die Erweiterung der Gemeinschaft um die früheren EFTA-Staaten Österreich, Schweden und Finnland;³ fünf Jahre zuvor war im Zuge der deutschen Wiedervereinigung bereits das Gebiet der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft eingegliedert worden.

Der fortschreitende Integrationsprozeß blieb nicht ohne Auswirkung auf die Entwicklung der Regionen in der Gemeinschaft: Durch die Erweiterungen verändert sich die relative geographische Lage von Randregionen und Zentren. Dies kann deren Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen. Der Abbau von Schranken zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes setzt die Regionen einem stärkeren Konkurrenzkampf aus, in dem Regionen mit Kosten- und Größennachteilen Markteinbußen hinnehmen müssen. Andererseits üben im Rahmen des durch den Binnenmarkteffekt hervorgerufenen Wachstumsschubes ärmere Regionen, die in Nachbarschaft zu den Wirtschaftszentren der Gemeinschaft liegen, eine starke Anziehungskraft auf Unternehmen aus, wenn sie ein ausreichendes Angebot an Fachkräften, Kommunikations- und Informationstechnologie und preiswerten Grundstücken besitzen.⁴ Die Einführung einer Währungsunion nimmt Ländern mit geringeren Wachstumsraten beim Produktivitätsfortschritt die Möglichkeit, diesen Nachteil durch Wechselkursabwertungen auszugleichen. Hingegen kann eine Währungsunion der regionalen Entwicklung insofern förderlich sein, als das Wechselkursrisiko beseitigt wird und damit Transaktionskosten verringert werden.⁵ Die Integrationsvertiefung kann damit positive *und* negative Effekte auf unterentwickelte Regionen haben: Insgesamt sind *eindeutige* Aussagen über die Auswirkungen der einzelnen Stufen des Integrationsprozesses auf die Lage einzelner Regionen aber nur sehr schwer möglich. Hier kann auch die Theorie der Integration mit

² Zur Klärung der in dieser Arbeit verwendeten Begriffe sei darauf hingewiesen, daß seit dem Inkrafttreten der Maastrichter Verträge am 1. November 1993 neben der Europäischen Union die Europäischen Gemeinschaften nach wie vor weiterbestehen; vgl. dazu auch Abschnitt B.7.1.

³ Die Bevölkerung Norwegens lehnte den Beitritt in einer Volksabstimmung ab.

⁴ Vgl. Franzmeyer, Fritz, Regionalpolitische Erfordernisse für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, in: Konjunkturpolitik Heft 1 1972, S. 28-52, hier S. 31.

⁵ Vgl. Kommission, Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion, Tendenzen in den Regionen, Fünfter periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft, Luxemburg 1994, S. 14.

ihren Ansätzen der traditionellen Außenhandelstheorie, der neuen Außenhandelstheorie, der Theorie vom Wesen und Nutzen wirtschaftlicher Großräume und den Theorien dynamischer Integrationseffekte (noch) nicht weiterhelfen: Auch aus theoretischer Sicht können die von den verschiedenen Integrationsstufen ausgehenden sehr komplexen regionalen Effekte bisher nicht eindeutig bestimmt werden.⁶

Trotz fehlender theoretischer Begründung wurde regionalen Fragestellungen auf europäischer Ebene seit Gründung der Wirtschaftsgemeinschaft in wachsender Intensität Aufmerksamkeit geschenkt. Im Gründungsvertrag selbst war zwar keine gemeinschaftliche Regionalpolitik vorgesehen, doch die Gemeinschaft konnte in verschiedenen Politikbereichen, so der Agrar- oder Verkehrspolitik, und im Rahmen der Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank regionalpolitische Akzente setzen. Seit 1975 existiert der europäische Regionalfonds EFRE, mit dessen Mitteln anfangs nach festgelegten nationalen Quoten lediglich regionalpolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt wurden. Einige Reformen in den siebziger und achtziger Jahren, vor allem infolge der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), führten dazu, daß die EG-Regionalpolitik zu einem selbständigen und interventionistisch gehandhabten Politikbereich der Gemeinschaft wurde. Dabei nutzt die Gemeinschaft zunehmend ihr Beihilfeaufsichtsrecht nach Art. 92 ff. EGV und seit der EEA auch andere Finanzierungsinstrumente wie die beiden übrigen Strukturfonds Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung, und die Europäische Investitionsbank (EIB), um ihre regionalpolitischen Zielsetzungen zu verfolgen. Im Rahmen der Beschlüsse von Maastricht wurde ihr zudem ein neues regionalpolitisch wirkendes Instrument, der Kohäsionsfonds, zur Verfügung gestellt.

Die steigende Bedeutung, die die Gemeinschaft regionalen Problemen beimißt, zeigt sich in der wachsenden finanziellen Ausstattung der regionalpoli-

⁶ Generell können bei Fragen der Integrationswirkung zwei theoretische Ansätze unterschieden werden: Die auf der klassischen bzw. neoklassischen Argumentation aufbauende Richtung ist der Auffassung, daß Disparitäten zwischen Wirtschaftsräumen mit zunehmender Integration allmählich verschwinden. Dagegen geht die zweite Richtung davon aus, daß sich durch die Existenz von unvollkommenem Wettbewerb, Skalenerträgen und externen Effekten das Regionalgefälle eher verschärft; vgl. hierzu auch Peschel, Karin, Die Wirkungen der europäischen Integration auf die Regionalentwicklung, Lehren aus der Vergangenheit, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 8/9 1989, S. 549-565, hier S. 552 ff; eine kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Integrationstheorien enthält Fisch, Gerhard, Raumwirtschaftliche Aspekte der Kohäsionspolitik vor dem Hintergrund neuer Außenhandelstheorien, in: RuR, Jg. 52 (1994), Heft 4/5, S. 253-260.